

Die extreme Rechte bei der NRW-Kommunalwahl 2009 im Regierungsbezirk Köln

1. Einleitung

Bei den Kommunalwahlen in NRW im August 2009 hat die extreme Rechte ihre großspurig verkündeten Ziele nicht erreicht. Ein Grund zur Entwarnung ist dies keinesfalls: Im Rheinland hat die selbsternannte Bürgerbewegung *pro NRW* einige Mandate errungen und sitzt nun in Fraktionsstärke in mehreren Kreistagen und in den Stadträten von Leverkusen, Bergheim und Radevormwald. In Köln gelang es *pro Köln* sogar, das Ergebnis der letzten Kommunalwahl von 2004 noch zu verbessern. Nur wenige rechtsextreme Parteien hielten sich bislang über mehr als eine Legislaturperiode hinweg in gleicher personeller Stärke in einem Parlament.

Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass die ganz überwiegende Mehrheit nicht extrem rechts gewählt hat und es der extremen Rechten nirgendwo gelungen ist, so groß zu werden, dass sie das lokale parlamentarische Geschehen in den nächsten Jahren wesentlich mitgestalten wird. Die Gefahr, die von extrem rechten Parteien in NRW ausgeht, besteht vielmehr darin, dass es ihnen gelingen könnte, rassistische Vorurteile aufzugreifen und so Kampagnen im kommunalen Kontext wirkungsmächtig werden zu lassen. Daher ist auch dort, wo die extreme Rechte im Vergleich nur „kleine Erfolge“ erzielt hat, eine Intervention im Sinne einer Auseinandersetzung aller demokratischen Akteure im Gemeinwesen mit dem Rechtsextremismus notwendig.

Die Auswertung der Kommunalwahl im Regierungsbezirk Köln, die von der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln und der Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Köln erstellt wurde, will einen Beitrag zur Diskussion um die Entwicklung von Strategien gegen Rechtsextremismus und Rassismus leisten. Dazu werden neben der tabellarischen Darstellung der Ergebnisse einzelne Aspekte der Wahl in Köln und im Regierungsbezirk genauer betrachtet¹. Des Weiteren wird ein Vergleich zwischen zwei Städten gezogen, in denen *pro NRW* Wahlerfolge feiern konnte. Im letzten Teil werden Empfehlungen zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ausgesprochen.

Die vorliegende Veröffentlichung erhebt nicht den Anspruch einer ausführlichen wissenschaftlichen Studie zum Wahlverhalten. Hierzu liegen für den Regierungsbezirk Köln weder ausreichend belastbare quantitative Daten noch qualitative Untersuchungen vor. So stünde eine Studie zu individuell unterschiedlichen Motivationslagen, die zur Wahl einer rechtsextremen Partei führen, noch aus.

Für die vorliegende Veröffentlichung wurden Schlussfolgerungen auf der Basis der zur Verfügung stehenden Daten der Verwaltungen, Expertengesprächen und eigener Erfahrungen aus der Arbeit der Mobilen Beratung gezogen und diese thesenartig aufbereitet. Ebenfalls herangezogen wurde Propagandamaterial extrem rechter Parteien.²

Die Auswertung kann und soll von den Leserinnen und Lesern explizit kritisch diskutiert und

¹ Für einige Stellen der Analyse wurde der Rhein-Kreis Neuss (RB Düsseldorf) ebenfalls berücksichtigt. Aufgrund der räumlichen Nähe zum RB Köln und der dortigen *pro NRW* Kandidatur, haben wir diesen Kreis mit einbezogen.

² So erklärt sich auch die Verwendung unterschiedlicher Zeitformen. Für die Beschreibung von Aktivitäten wird Perfekt oder Präteritum verwendet, für die Analyse von Propaganda das Präsens.

weiterentwickelt werden mit dem Ziel, weitere Grundlagen für die Diskussion um einen adäquaten Umgang mit dem Rechtsextremismus zu schaffen. Um Anregungen und Kommentare wird ausdrücklich gebeten. Die Veröffentlichung einer zweiten, überarbeiteten Version ist geplant.

Aufgrund der Größe des untersuchten Gebietes, der Vielzahl an Kommunen und der Verbindungen innerhalb der extremen Rechten sind Wiederholungen nicht immer vermeidbar.

Aufgrund der besseren Lesbarkeit wird im Text die männliche Form verwendet. Soweit nicht anders gekennzeichnet, sind damit immer beide Geschlechter gemeint.

Wir danken allen, die uns bei der Erstellung unterstützt haben.

Köln, im Oktober 2009
Michael Trube und Hans-Peter Killguss

NS-Dokumentationszentrum
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs)
Appellhofplatz 23 - 25
50667 Köln

Tel.: 0221/221-27963
Fax: 0221/221-25512
ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de/ibs

gefördert durch



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen von



**demokratie
leben**

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



2 Ergebnisse der Kommunalwahl 2009 im RB Köln

2.1 Kreistagswahl 2009

Kreistagswahl 2009	pro Köln / pro NRW		NPD		Republikaner		BfD	
	Prozente	Sitze	Prozente	Sitze	Prozente	Sitze	Prozente	Sitze
Kreis Düren	–	–	2,0 %	1	–	–	–	–
Kreis Euskirchen	–	–	–	–	–	–	–	–
Kreis Heinsberg	–	–	1,6 %	1	–	–	–	–
Oberbergischer Kreis	1,8 %	1	–	–	–	–	–	–
Rhein-Erft-Kreis	2,6 %	2	0,5 %	0	–	–	–	–
Rheinisch- Bergischer Kreis	2,0 %	1	–	–	–	–	–	–
Rhein-Kreis Neuss	1,7 %	1	0,5 %	0	–	–	–	–
Rhein-Sieg-Kreis	–	–	1,0 %	1	–	–	1,3 %	1
Städteregion Aachen	–	–	–	–	1,2 %	1	–	–

2.2 Stadtratswahl 2009

[illegible]

2.3 Landratswahl 2009

Landratswahl 2009	pro Köln / pro NRW	NPD	Republikaner	BfD
	Prozente	Prozente	Prozente	Prozente
Kreis Düren	–	3,2 %	–	–
Kreis Heinsberg	–	2,1 %	–	–
Kreis Euskirchen	–	–	–	–
Oberbergischer Kreis	3,3 %	–	–	–
Rhein-Erft-Kreis	3,3 %	–	–	–
Rheinisch-Bergischer Kreis	4,0 %	–	–	–
Rhein-Kreis Neuss	5,5 %	–	–	–
Rhein-Sieg-Kreis	–	1,1 %	–	2,1 %
Städteregion Aachen	–	–	–	–

2.4 (Ober)bürgermeisterwahl 2009

(Ober)bürgermeisterwahl 2009	pro Köln / pro NRW	NPD	Republikaner	BfD
	Prozente	Prozente	Prozente	Prozente
Bergheim	5,7 %	–	–	–
Dormagen	4,0 %	–	–	–
Erkelenz	–	2,0 %	–	–
Hückelhoven	–	2,3 %	–	–
Köln	4,8 %	–	–	–
Leichlingen	3,7 %	–	–	–
Leverkusen	3,6 %	–	–	–
Lohmar	–	–	–	7,0 %
Neunkirchen- Seelscheid	–	–	–	8,9 %
Radevormwald	4,1 %	–	–	–
Siegburg	–	–	–	4,7 %
St. Augustin	–	–	–	2,5 %
Stolberg	–	1,6 %	0,4 %	–
Troisdorf	–	–	–	1,6 %

3 Bewertung

Die Beobachtung und Auswertung der Wahlergebnisse im RB Köln erfolgt nach verschiedenen Kriterien. Zum einen werden die angetretenen Parteien getrennt voneinander aufgeführt, spezifische Besonderheiten angeführt und Thesen formuliert. Dies geschieht jeweils für den Regierungsbezirk Köln und die Stadt Köln, da die vorliegenden Bedingungen gänzlich unterschiedlich sind und eine getrennte Betrachtung sinnvoll erscheint. Für beide Analysen werden sowohl die Kandidaten der einzelnen Parteien als auch ihre Wahlstrategien und inhaltlichen Schwerpunkte in die Betrachtung mit einbezogen. Ergänzt durch lokale Gegebenheiten ergibt sich so ein Ergebnis, aus dessen Betrachtung wir Schlussfolgerungen gezogen haben. Die Analyse legt ihren Fokus vor allem auf den städtischen Raum, da dort unserer Einschätzung nach in Bezug auf extrem rechte Wahlerfolge ein größerer Handlungsdruck herrscht.

3.1 Die Ergebnisse im Regierungsbezirk Köln

3.1.1 Bürgerbewegung *pro NRW* (*pro NRW*)

Überblick

Im Regierungsbezirk Köln ist *pro NRW* mit Abstand die erfolgreichste Partei aus dem Spektrum der extremen Rechten. Überall dort, wo die Partei antrat, ist sie mit mindestens einem Mandat in die Parlamente (Kreistag, Stadtrat, Bezirksvertretungen) eingezogen. Die größten Erfolge erzielte die *pro*-Bewegung in Köln (s. 3.3), in Bergheim, Leverkusen und Radevormwald. Dort ist *pro NRW* bzw. *pro Köln* jeweils in Fraktionsstärke vertreten.

Landrats- und (Ober)bürgermeisterkandidaten

Die (Ober)bürgermeisterkandidaten von *pro NRW* haben – bis auf einige Ausnahmen – in etwa ein ähnliches Ergebnis erzielt wie die Partei in der jeweiligen Stadt. Auch die Prozentzahlen bei den Wahlen zu den Bezirksvertretungen decken sich in etwa mit den Ergebnissen der Partei für die Stadträte im jeweiligen Bezirk. Dies spricht dafür, dass weniger die einzelnen Kandidaten als vielmehr die Partei mit ihren Inhalten gewählt wurde.

Auffällig ist jedoch das durchweg bessere Ergebnis der Landratskandidaten im Vergleich zum Ergebnis der Partei auf Kreisebene. Das lässt sich nicht nur bei *pro NRW* beobachten und ist möglicherweise durch die geringere Auswahl bei den Landratskandidaten zu erklären. So wurden bspw. im Rheinisch-Bergischen Kreis neun Parteien in den Kreistag gewählt, jedoch stellten nur CDU, SPD, Grüne, *pro NRW* und Die Linke einen Kandidaten für das Amt des Landrats auf.³ Auffällig ist auch, dass das beschriebene Phänomen nur in den Städten eintrat, in denen *pro NRW* auch für den Stadtrat kandidierte.⁴ Eine Differenzierung der Wähler in Bezug auf die verschiedenen Wahlmöglichkeiten scheint nicht stattzufinden.⁵

Es ist wahrscheinlich, dass einige Wähler der im Kreistag vertretenen Gruppierungen bei der Wahl des Landrates für *pro NRW* gestimmt haben, jedoch unter der Prämisse, das „kleinere Übel“ zu wählen und nicht aus politischer Überzeugung.

³ Im Rhein-Kreis Neuss (RB Düsseldorf) ist der Unterschied mit zehn für den Kreistag kandidierenden Gruppen und nur vier Landratskandidaten noch extremer, sodass etwa 30 % derjenigen Wähler, die im Kreistag für eine bestimmte Partei gestimmt haben, keinen Kandidaten „ihrer“ Partei für den Landrat wählen konnten. So ließe sich der deutlich höhere Prozentsatz des *pro NRW*-Funktionärs Bernd Schöppe im Vergleich zu seiner Partei erklären. Schöppe erreichte 5,46 %, *pro NRW* jedoch nur 1,72 %. Einen ähnlich auffälligen Zuwachs konnte der Kandidat des ZENTRUM verzeichnen, der ebenfalls etwa doppelt so viel Prozent erreicht hat wie seine Partei.

⁴ Vgl. Kapitel „Lokale Vorgehensweisen von *pro NRW* und mögliche Auswirkungen“

⁵ So wäre es durchaus möglich, den Landratskandidaten von *pro NRW* zu wählen und auf Stadtratsebene eine andere Partei.

Ausbreitung über das Rheinland hinaus?!

Außerhalb des RB Köln ist *pro NRW* in nur wenigen Städten bzw. Kreisen angetreten und lediglich in Gelsenkirchen (3 Sitze), Lemgo (1 Sitz) und Dormagen (2 Sitze) in den Stadträten vertreten. Der organisationale Schwerpunkt liegt eindeutig im Rheinland. Bereits mit den bei der Kommunalwahl erzielten Ergebnissen liegt die Partei landesweit bei 0,6 %. Würde die pro-Bewegung flächendeckend in NRW antreten – legt man die Zahlen der Wahlkreise zugrunde, in denen sie angetreten ist – liegt es durchaus im Rahmen des Möglichen, ein Ergebnis nahe der benötigten 5 % zu erzielen. In Anbetracht der faktisch nicht existierenden Basis in vielen Regionen (Westfalen, Münsterland, Sauerland; im RB Köln im Aachener Land und in der Eifel) erscheint es derzeit unrealistisch, dass bis Mai 2010 genügend Unterstützer und vor allem Kandidaten gewonnen werden können, um einen flächendeckenden Wahlantritt zu gewährleisten. Die pro-Bewegung wird weiterhin von einer Kölner Kerntruppe aus gesteuert und hat – von wenigen Ausnahmen abgesehen – noch keine lokale Verankerung in den Städten und Gemeinden.

Personalsituation

Für die Vermutung, dass es auch dort, wo Kreisverbände existieren, noch an Personal mangelt, sprechen drei Punkte:

- Aus den Reihen der Kölner Funktionäre wurden Kandidaten in das Umland exportiert. So kandidierte Markus Wiener als Bürgermeister in Radevormwald, Manfred Rouhs bewarb sich um den Landratsposten im Oberbergischen Kreis und Judith Wolter um dasselbe Amt im Rhein-Erft-Kreis. Diese Mehrfachkandidaturen können als Zeichen eines erheblichen Mitgliederproblems vor Ort gewertet werden.
- Ebenfalls für einen drastischen Personalmangel in der Fläche spricht die Tatsache, dass alleine im Oberbergischen Kreis mindestens acht Kandidaten bekundeten, ihre Kandidatur niemals gewollt zu haben. Vielmehr berichteten sie von Täuschungen im Vorfeld.
- An den Wahlkampfveranstaltungen im RB Köln nahmen größtenteils aktive und öffentlich in Erscheinung getretene Mitglieder, Funktionäre und das entsprechende Umfeld aus Köln und anderen Städten teil. Die Teilnahme einer politisch interessierten Bevölkerung war nicht zu erkennen. Auch hieran zeigt sich, dass der herbeifabulierte Topos von der „Bürgerbewegung“ mindestens bei der Rekrutierung engagierter Mitglieder noch in den Bereich des Wunschdenkens verwiesen werden muss.

Pro NRW als Sammelbecken rechts der CDU

Allerdings könnte der Einzug in die Parlamente Mitglieder anderer weniger erfolgreicher rechtsextremer Parteien dazu motivieren, sich in der Hoffnung auf breitere Wirkungsmöglichkeiten und auch potentielle Posten bei *pro NRW* zu engagieren.

Die Partei hat bereits verlauten lassen, die landesweit angetretenen „kleineren“ Bürgerbündnisse, Parteien und Einzelkandidaten rechts von der CDU „einsammeln“ zu wollen, um die eigene Basis zu verbreitern. Damit wird erneut der Anspruch untermauert, den politischen Ort zwischen rechtskonservativ und neonazistisch zu besetzen.

„Für uns sprechen insbesondere unsere kommunalen Wahlerfolge, ein neuer unverbrauchter Name, unser betont bürgerliches grundgesetzkonformes Auftreten in bewusster Abgrenzung zu jeder Art von Extremismus sowie der allgemeine Trend der NRW-Landtagsparteien in die politisch-korrekte Beliebigkeit und im Zweifel nach links. Rechts der Mitte ist ein scheunengroßes Vakuum entstanden, das durch uns neu besetzt werden wird“,

so der *pro NRW*-Vorsitzende Markus Beisicht im Hinblick auf die Landtagswahl in NRW.

Strategie und Wirkung

Pro NRW versucht, sich mit dem Angst-Thema Muslime als *die* Anti-Islam-Partei schlechthin zu inszenieren und orientiert sich dabei an den Kampagnen europäischer Rechtsaußenparteien. Allein in Leverkusen und Köln wurde der Um-/Ausbau der dortigen Moschee thematisiert, als lokaler Konflikt aufgegriffen und rassistisch zugespitzt.

In den anderen Wahlbezirken gab es weniger Auseinandersetzung mit örtlichen Themen. Es gab so gut wie keine lokalspezifischen Plakataktionen von *pro NRW*, so gut wie überall wurden nur drei standardisierte Plakate verwendet. Entgegen dem eigenen Anspruch als Bürgerbewegung (die gedankliche Assoziation zu einer Bürgerinitiative ist gewollt) wurde die postulierte Strategie, „die Stimmung in den Stadtteilen zu nutzen“ (Jörg Uckermann) nur bedingt verfolgt.

Diese Strategie ist allerdings keine notwendige Voraussetzung. Rechtspopulistische⁶ und extrem rechte Parteien werden auch bei der Kommunalwahl nicht allein wegen ihrer Kandidaten oder ihres problemlösungsorientierten Handelns im konkreten Fall gewählt, sondern vielmehr wegen der Inhalte, die allgemein mit der Partei assoziiert werden. So erhielt 1998 die DVU bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt mit einem Phantomwahlkampf, der vor allem durch die massive Propaganda in Form von Wahlplakaten und Flugschriften geprägt war, annähernd 13 % der Stimmen. Zum Erfolg von *pro NRW* dürfte ebenso die starke öffentliche Präsenz in Form von Plakaten, Flugblättern, Infoständen, Postwurfsendungen und Erstwähleranschriften beigetragen haben.

Allein das Ansprechen subjektiv empfundener oder objektiv vorhandener Missstände generell scheint auszureichen, um das rechte Wählerpotential zu aktivieren. Für eine dauerhafte Etablierung allerdings muss der ressentimentgeladene Appell perspektivisch in ein (zumindest nach außen hin suggeriertes) realpolitisches Engagement transformiert werden.

Wahlerfolge lokalisierbar

Pro NRW hat vor allem dort die höchsten Ergebnisse erzielt, wo tendenziell Bevölkerung der unteren Einkommensschichten und viele Menschen mit Zuwanderungshintergrund leben⁷:

In Leverkusen beispielsweise erzielte *pro NRW* die besten Ergebnisse im Stadtbezirk I. Dazu gehören die Viertel Wiesdorf und Rheindorf. Dort liegt die Arbeitslosenquote zwischen 11,5 % und 15,9 %. Im gesamten Stadtbezirk liegt die Arbeitslosigkeit bei 9,8 % (Daten vom Dezember 2008). Auch der Anteil der nicht-deutschen⁸ Einwohner ist mit rd. 14 % etwa 3 % höher als im gesamten Stadtgebiet. Selbstverständlich finden sich auch in anderen Bezirken hohe Wahlergebnisse für *pro NRW*, jedoch ist der Zusammenhang in besagtem Bezirk besonders deutlich.

In Bergheim lassen sich ähnliche Erkenntnisse festhalten. In vier von sechs Vierteln mit hohen Ergebnissen für *pro NRW* liegt der Ausländeranteil deutlich über dem Stadtdurchschnitt von 13,2 %. Ebenfalls auffallend ist die Tatsache, dass Bergheim kreisweit die höchste Arbeitslosigkeit sowie das höchste Wahlergebnis für *pro NRW* im Regierungsbezirk vorzuweisen hat.

⁶ Die Unterscheidung zwischen rechtsextrem und rechtspopulistisch ist nicht immer klar. Rechtspopulistischen Parteien zielen in der Regel auf Macht innerhalb des demokratisch-parlamentarischen Systems und nicht zuvorderst auf dessen Überwindung. Auf der ideologischen Ebene gibt es jedoch vielfache Überschneidungen.

⁷ Aufgrund (struktureller) Ausgrenzung von Menschen mit Zuwanderungshintergrund und ungenügender Teilhabe an Ressourcen betrifft dies - vor allem in städtischen Gebieten - meist dieselben Wohngebiete. An dieser Stelle soll kein zwangsläufiger kausaler Zusammenhang suggeriert werden. So bleibt die Tatsache, dass rechtsextreme Parteien auch dort hohe Ergebnisse erzielen, wo kaum Menschen mit Zuwanderungshintergrund leben (vgl. manche Regionen in Ostdeutschland), davon unberührt.

⁸ Die Daten für das Merkmal „Migrationshintergrund“ sind nur bedingt belastbar.

Mögliche Erklärungen

Obwohl sich im RB Köln viele Ausnahmen zu o.g. Zusammenhang finden lassen und aufgrund des Fehlens weiterer Analyse Kriterien keine zwingenden Rückschlüsse gezogen werden können, lassen sich doch zwei Thesen ableiten:

- *Pro NRW*-Wähler projizieren Ängste vor einem sozialen Abstieg auf Migranten bzw. ziehen Einwanderung als Erklärung für das gesellschaftliche Aus heran. Aus diesem Grunde wird *pro NRW* gewählt – unabhängig davon, ob die Partei diese (durchaus heterogene) Gruppen programmatisch anspricht.
- *Pro NRW* wird von Personen gewählt, die vermeintliche oder tatsächliche negative Erlebnisse (nicht zwangsläufig persönlicher Natur) mit Migranten verallgemeinern und ihre Wahl als Protest gegen die Einwanderungsgesellschaft verstehen.

Lokale politische Kultur

Neben individuellen Problemlagen und der jeweiligen Persönlichkeitsstruktur wird in der Rechtsextremismusforschung auch die politische Kultur als Faktor der Entstehungsursachen genannt. So muss bei der Analyse des Erfolgs rechtsextremer Parteien auch untersucht werden, inwieweit ausgrenzende oder integrative bzw. auf Partizipation angelegte Problemlösungsstrategien das öffentliche politische Klima bestimmen. In einer Stadt X im Regierungsbezirk Köln wurden beispielsweise mit einer auffälligen Plakataktion durch eine der bereits im Rat vertretenen Parteien Inhalte in einer ähnlichen Manier aufgegriffen, wie diese auch von Rechtsaußenparteien besetzt werden. In fetter Schrift wurden die Slogans „Höchste Arbeitslosigkeit“, „Höchste Kriminalität“ und „Höchster Schuldenstand“ plakatiert. Erst in kleinen Fußnoten wurde relativiert, dass es sich bei der Arbeitslosigkeit und der Kriminalität um einen kreisweiten Vergleich handelt und der Schuldenstand sich ausschließlich auf die Stadt X bezieht. Ein hochrangiges Mitglied der Partei ließ zudem Anzeigen mit Parolen wie „Haut ab von der Straße, ihr Halunken“ drucken. Solch ein Politikstil, der gegen die angebliche Vernachlässigung der Interessen der „kleinen Leute“ polemisiert, appelliert an dieselben Ressentiments wie die Wahlpropaganda von *pro NRW* und trägt dazu bei, die Inszenierung einer rechtspopulistischen Organisation als Law & Order-Partei zu legitimieren.

3.1.2 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Überblick

Die neonazistische *NPD* konnte bei der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl ihr Ergebnis von 0,2 % im Jahr 2004 auf nun 0,3 % steigern und kommt nun insgesamt auf 24 Mandate. Es ist der Partei jedoch nicht gelungen, in sämtliche Räte und Kreistage einzuziehen, für die sie kandidiert hatte.

Im Regierungsbezirk Köln ist die *NPD* in 5 Kreistagen und fünf Stadträten mit je einem Abgeordneten vertreten. Ihr bestes Ergebnis erzielte die *NPD* dabei in der Stadt Düren mit 2,86 %, während sie im Kreis Düren für den Kreistag 2,01 % erreichte.

Benachbarte Kreise – unterschiedliche Situationen

Im Kreis Düren erzielte die *NPD* mit 3,2 % für ihren Landratskandidaten Ingo Haller ihr bestes Ergebnis. In der Region sind die Partei und die mit ihr in enger Verbindung stehenden „Freien Nationalisten“ (Kameradschaft Aachener Land, KAL) besonders aktiv. Die kreisweite Kampagnenfähigkeit der *NPD* Düren sowie ihre regelmäßige öffentliche Präsenz (beispielsweise in Form von Infotischen oder Events, mit denen für jugendliche Anhänger Erlebnisse geboten werden) trugen offenbar mit zu diesem Wahlergebnis bei.

Im Rhein-Erft-Kreis wollte die *NPD* ihre gute Zusammenarbeit mit den freien Kräften durch die Nominierung von Axel Reitz als Landratskandidaten demonstrieren. Die Nominierung wurde allerdings aus formalen Gründen abgelehnt; die Unterstützung für den Wahlkampf fiel

insgesamt deutlich geringer aus als in Düren. So wurde erst am 21. August (also 9 Tage vor der Wahl) öffentlich der Wahlkampfauftakt vermeldet und das Fehlen helfender Hände beklagt. Die mangelnde öffentliche Präsenz dürfte ein Grund für das schlechte Abschneiden (0,4 %) im Rhein-Erft-Kreis sein.

Kampagnen anscheinend kein Mittel für Wahlerfolge

In Stolberg, wo in den letzten Monaten massive öffentliche Kampagnen seitens der extremen Rechten durchgeführt wurden (Kampagne „für ein Opfer von Ausländerkriminalität“), musste die *NPD* einen deutlichen Stimmenrückgang und den Verlust eines Mandats hinnehmen. Die öffentliche Präsenz in Form eines mit 500 Teilnehmern gut besuchten „Trauermarschs“ hat also vor Ort keinerlei positive Auswirkungen gehabt.

Als „Erfolg“ kann einzig ein Stimmenanteil von 2,1 % für den *NPD*-Landratskandidaten im Kreis Heinsberg gewertet werden. Dies könnte in Zusammenhang mit den massiven „Anti-Kinderschänder“-Protesten in Heinsberg-Randerath stehen, bei denen die Grenzen zwischen der extremen Rechten und „normalen“ Demonstranten stellenweise verwischt wurden.

3.1.3 REPUBLIKANER (REP)

Überblick

Die *REPUBLIKANER* verringerten ihr landesweites Ergebnis von 0,6 % in 2004 auf 0,2 % in 2009. Auch im Regierungsbezirk Köln endeten die wenigen Wahlantritte der *REPs* in einem Desaster. So konnte das – für ihre Verhältnisse – sensationelle Wahlergebnis von 8,2 % (2004) in Alsdorf nicht nur nicht gehalten werden, sondern halbierte sich annähernd auf 4,5 %. Eine dünne Personaldecke, fehlende Kampagnenfähigkeit und das Fehlen eines öffentlichkeitswirksamen Themas sind sowohl im Regierungsbezirk Köln als auch darüber hinaus die größten Probleme der *REPUBLIKANER*. Ob es aufgrund der fortlaufenden Pleiten der Partei zu einer Annäherung einzelner Funktionsträger oder ganzer Teile der Partei an die pro-Bewegung kommt (wie beispielsweise in Gelsenkirchen), bleibt abzuwarten.

3.1.4 Ab jetzt... Bündnis für Deutschland, für Demokratie durch Volksabstimmung (BfD)

Überblick

Die rechtsextreme Splitterpartei *Bündnis für Deutschland* unter dem Vorsitz von Helmut Fleck (Siegburg) kandidierte lediglich im Raum Bonn/Rhein-Sieg-Kreis. Im Rahmen ihrer Antritte konnten ausschließlich lokal begrenzte kleinere „Erfolge“ errungen werden. Aufgrund der fehlenden Konkurrenz durch andere Rechtsparteien sprach in diesen Orten allein das *BfD* das extrem rechte Wählerpotential an.

Mit 8,8 % der Stimmen gelang dem *BfD* bei der Bürgermeisterwahl in Neunkirchen-Seelscheid ein Achtungserfolg. Dort trat die Partei mit einem Gastwirt als Kandidaten an, der sowohl Mitglied im Fußballverein ist als auch den lokalen Karnevalsverein durch Kostümspenden unterstützt, was ein möglicher Grund für das außergewöhnlich hohe Ergebnis sein könnte.

3.2 Lokale Vorgehensweise von pro NRW und mögliche Auswirkungen

Für die Entwicklung von Gegenstrategien ist eine Analyse der jeweiligen Gegebenheiten vor Ort unerlässlich. Doch auch für die Einschätzung der Partei auf Landesebene ist die Betrachtung von Gemeinsamkeiten, aber auch lokaler Unterschiede von Bedeutung. So soll im Folgenden ein Vergleich des Agierens von *pro NRW* im Wahlkampf in zwei ausgewählten Städten im Regierungsbezirk Köln vorgenommen werden. Als Beispiele dienen hier A-Stadt und B-Stadt.⁹ Beides sind Städte, die deutlich unter der Großstadtgrenze liegen, jedoch in ihrem jeweiligen Kreis zu den größten Städten/Gemeinden gehören. Beide wurden durch *pro NRW* zu Schwerpunkten ihres Kommunalwahlkampfes gemacht. So kam ihnen – sowohl kreisweit als auch im RB Köln – eine erhöhte Aufmerksamkeit als Schauplatz der Auseinandersetzung mit *pro NRW* zu.

3.2.1 Funktionäre und Kandidaten

A-Stadt

Überblick Kandidatenstruktur¹⁰

In A-Stadt trat *pro NRW* in sämtlichen Wahlbezirken an, was allen anderen Parteien (mit Ausnahme der Linken) ebenfalls gelang. Insgesamt kandidierten 23 Personen für *pro NRW*. Bei einem genaueren Blick auf die Zusammensetzung der Kandidaten fällt auf, dass nur drei Personen unter 35 Jahren antraten, 16 von ihnen waren über fünfzig Jahre alt. Die Partei scheint es hier nicht geschafft zu haben, bei jungen Leuten Interesse für eine aktive Mitarbeit zu wecken. Zwei der drei jungen Mitglieder sind augenscheinlich über familiäre Beziehungen zu der Kandidatur motiviert worden, so wie auch generell familiäre und persönliche Beziehungen als Motivation zur Kandidatur für *pro NRW* (nicht nur in A-Stadt) zu vermuten sind. Das Geschlechterverhältnis ist in A-Stadt ausgewogen, der Anteil von Hausfrauen, Rentnern und Arbeitern relativ hoch. Ob diese Kandidatenstruktur Auswirkungen auf die Wählerzusammensetzung oder den Wahlerfolg hatte, lässt sich aufgrund mangelnder Daten nicht ersehen. Es kann jedoch angenommen werden, dass *pro NRW* in A-Stadt keinen großen Zulauf an aktiven Mitgliedern unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen besitzt.

Lokale Verankerung bringt keine zusätzlichen Stimmen

Wie auch in anderen Städten unterscheiden sich die einzelnen Wahlergebnisse zum Stadtrat kaum von denen zur Landrats- oder Kreistagswahl – was gegen die Präferenz einzelner Personen als ausschlagendes Moment für eine Wahlentscheidung für *pro NRW* spricht.

Eine Ausnahme könnte der Bürgermeister-Kandidat in A-Stadt bilden, dessen starke lokale Verankerung seitens *pro NRW*s stark betont wird. Seine Geschichte als örtlicher Unternehmer, Aufsichtsratsmitglied einer vor Ort tätigen Bank und „A-Städter Urgestein“ dominierte den personenbezogenen Wahlkampf (s.u.). Mit 5,7 % lag er jedoch knapp unter dem Ergebnis von *pro NRW* bei der Wahl des Stadtrates. Da bei den Wahlen zum Bürgermeisteramt generell eine Stimmenkonzentration auf die aussichtsreichen Kandidaten festzustellen ist, kann man annehmen, dass die Fokussierung auf seine Lokalgeschichte ohne Nutzen für das Wahlergebnis zum Bürgermeister gewesen ist. Zudem weicht das Wahlergebnis in A-Stadt nicht signifikant von anderen *pro NRW*-Ergebnissen ab, sodass eine positive Auswirkung des „A-Städter Urgesteins“ auf das Gesamtergebnis *pro NRW*s nicht feststellbar ist.

⁹ Selbstverständlich lassen sich Rückschlüsse darauf ziehen, welche Stadt gemeint ist. Trotzdem haben wir uns für die Bezeichnung A-Stadt bzw. B-Stadt entschieden, um deutlich zu machen, dass es allein um die Untersuchung einer rechtsextremen Partei gehen soll und nicht um eine Stigmatisierung der lokalen Verwaltung oder Diskreditierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten.

¹⁰ Die Aussagen zu Mitgliederstrukturen lassen sich mitunter auch auf andere Parteien übertragen und stellen nicht notwendigerweise ein Spezifikum *pro NRW*s dar.

B-Stadt

Überblick Kandidatenstruktur

In B-Stadt gelang es *pro NRW* ebenfalls, in jedem Wahlbezirk anzutreten und insgesamt 18 Kandidaten zur Wahl zu stellen. Zwei Drittel der Kandidaten waren unter 25 Jahre alt, was einen deutlichen Unterschied zur A-Städter Kandidatenliste ausmacht. Ebenfalls auffallend ist das eindeutige Übergewicht männlicher Kandidaten, die 15 von 18 (bzw. 12 von 15) Kandidaten ausmachen. Der berufliche Hintergrund ist bei der B-Städter Kandidatenschaft ebenfalls heterogener, eine Tendenz (auch bezüglich des zu vermutenden Bildungshintergrunds) ist nicht auszumachen. Familiäre Verbindungen, die für die Motivation zur Kandidatur wie auch in A-Stadt von Bedeutung gewesen sein dürften, lassen sich bei drei der Kandidaten eindeutig nachvollziehen.

Deutliche Unregelmäßigkeiten bei der Kandidatengewinnung

Nach Abgabe der Wahlvorschläge erklärten vier Kandidaten (also beinahe ein Viertel) teilweise unabhängig voneinander, dass sie niemals vorgehabt hätten, für *pro NRW* zu kandidieren. Vielmehr wurden sie über den Zweck ihrer geleisteten Unterschrift im Unklaren gelassen. Auch aus anderen Städten und Gemeinden im Kreis, in dem B-Stadt liegt, wurde ein solches Vorgehen gemeldet. Das trübt das Bild von der „jungen Truppe“ im Kreis und speziell in B-Stadt.

Fehlender Lokalbezug führt kaum zu Stimmenverlusten

Fokussiert war der Wahlkampf in B-Stadt eindeutig auf die Personen Udo S., Tobias R. und dem als Bürgermeister kandidierenden Kölner Funktionär Markus W. Während S. und R. als lokale Kandidaten eine gewisse öffentliche Präsenz für sich beanspruchen konnten, war der Kölner W. nur zu einer Veranstaltung in B-Stadt gekommen. Diese öffentliche Nicht-Präsenz wurde von B-Städter Bürgern durchaus wahrgenommen. Verknüpft wurde diese Feststellung mit der Kritik, dieser Kandidat sei „keiner von uns“, er könnte dementsprechend nicht „die Probleme vor Ort kennen und lösen“, vor allem weil er sich „nie blicken lasse“. Dennoch lag W.s Ergebnis mit 4,4 % nicht wesentlich unter dem Gesamtergebnis von *pro NRW*. Auch für dieses Phänomen kann die Stimmenkonzentration auf aussichtsreiche Kandidaten als Grund angenommen werden. Eine lokal initiierte Erstwählerkampagne kurz vor der Kommunalwahl stellte den Auszubildenden R. eindeutig in den Mittelpunkt.

Zwischenfazit

Anzunehmen ist, dass die jeweiligen Hauptakteure (O. und H. in A-Stadt bzw. S. und R. in B-Stadt) in ihrem sozialen Umfeld die größten Aktivierungsmöglichkeiten haben und damit maßgeblich die Struktur der Aktiven vor Ort bestimmen.

Trotz der absolut unterschiedlichen Personalsituation ist ein ähnliches Gesamtergebnis erzielt worden. Hier stellt sich die Frage, ob aufgrund der Inhalte eine ähnliche Klientel zur Wahl motiviert werden konnte oder ob die unterschiedlichen Kandidatenstrukturen ein unterschiedliches Wählerpotential erreicht haben. Die Wahlentscheidung hängt vermutlich in den meisten Fällen weniger von den einzelnen lokalen Kandidaten ab, sondern erfolgt vielmehr als bewusste Entscheidung für die Inhalte der Partei. Dabei konnte in beiden Städten unabhängig von den Personen vor Ort ein tendenziell rechtsaffines, rassistisches und islamfeindliches Wählerpotential abgeschöpft werden.

3.2.2 Öffentliche Auftritte und Wahlkampf

Lokale Veranstaltungen

Sowohl in A-Stadt als auch in B-Stadt führte *pro NRW* eine öffentliche Veranstaltung durch. In A-Stadt wurde der zeitliche Zusammenhang zum zweiten, sogenannten Anti-Islamisierungskongress gesucht und die Veranstaltung stellte nur peripher Bezüge zur Kommunalwahl her. Der Auftritt in B-Stadt hingegen war als eindeutiger Abschluss des Kommunalwahlkampfes in NRW deklariert.

Kaum sichtbare positive Resonanz aus der Bevölkerung

Beide Veranstaltungen – trotz unterschiedlichen Hintergrunds – waren ähnlich schlecht besucht. Nur etwa 30 - 50 Personen nahmen an den Kundgebungen teil. In beiden Fällen ließ sich ein hoher Anteil Kölner Funktionäre feststellen, nach B-Stadt machten sich insgesamt acht Kleinbusse aus Köln auf den Weg, sodass der Anteil lokaler Besucher deutlich weniger als die Hälfte der Gesamtbesucher ausgemacht haben dürfte.

Protest wird organisiert

In beiden Städten regte sich Protest gegen die angekündigten Veranstaltungen: In A-Stadt distanzierte sich der Stadtrat mit einer Resolution deutlich von dem Aufzug und bekundete durch ein öffentlich angebrachtes Transparent am Kundgebungsort seine Ablehnung. Am Tag der Veranstaltungen fanden sowohl eine Gegendemonstration mit ca. 200 Teilnehmern als auch ein „Rock gegen Rechts“ – Konzert mit 500 Besuchern statt. An den Gegenveranstaltungen beteiligten sich diverse Lokalpolitiker.

In B-Stadt wurden ebenfalls mehrere Gegenveranstaltungen angemeldet, auf denen insgesamt rund 600 Menschen ihren Protest äußerten. Während in A-Stadt die Protestierenden von der Kundgebung strikt getrennt blieben, behinderten die Gegendemonstranten in B-Stadt die Teilnehmer der *pro NRW*-Veranstaltung bei der Abreise. So wurden – nach Augenzeugenberichten – Busse mit Steinen und Eiern beworfen. Die Stimmung lässt sich hier als deutlich aufgeheizter beschreiben und die direkte Konfrontation wurde seitens der Gegendemonstranten deutlicher gesucht als in A-Stadt.

Kaum öffentlicher Wahlkampf

Weitergehende öffentliche Wahlkampfaktivitäten fanden in beiden Städten nicht statt. Neben der Plakatierung mit den bereits erwähnten Standardplakaten und der Verteilung von Flugblättern gab es nur in B-Stadt eine weitere Aktion. Ein sogenanntes Erstwählerinfo wurde verteilt, in dem sich der Spitzenkandidat für den Stadtrat, Tobias R., genauer vorstellte und um Unterstützung warb. Abgehaltene Infostände oder Ähnliches sind nicht bekannt.

Zwischenfazit

In beiden Städten konnte die Bürgerbewegung ohne öffentlichkeitswirksamen Wahlkampf ein Ergebnis von über 5 % erreichen. Eine öffentliche Präsenz wie in Köln, wo vielfach Flugblätter verteilt und Infostände abgehalten wurden, scheint in beiden Städten nicht nötig gewesen zu sein, um ein gleichwertiges Ergebnis zu erzielen.

3.2.3 Wahlwerbung und Lokalbezüge

A-Stadt

Wahlwerbung Überblick

In der Kreisstadt A-Stadt brachte *pro NRW* laut eigener Angaben 300 Plakate an und startete eine „groß angelegte Flugblattaktion“. Während die Plakate und die ebenfalls früher im Jahr verteilte Schülerzeitung „objektiv“ dem landesweiten Standardmaterial entsprachen, verteilte *pro NRW* nicht nur in Köln, Leichlingen, Dormagen, Leverkusen, sondern auch in A-Stadt und B-Stadt den jeweiligen Städten angepasste Flugblätter. Diese bestanden zwar größtenteils aus Standardtexten, in denen nur der Name der Stadt ausgetauscht wurde, partiell wurden aber auch lokale Themen angesprochen. Im A-Städter Flugblatt finden sich zwei Seiten (von sechs) mit Lokalbezug.

Traditionsreicher Kandidat

In einem längeren Text finden sich Informationen über den Bürgermeisterkandidaten Hans O. Betont wird, dass er gemeinsam mit seinem Bruder ein mittelständisches Traditionsunternehmen geleitet habe und darüber hinaus Mitglied im Aufsichtsrat der örtlichen Bank, der Dachdecker-Einkaufsgenossenschaft und „zahlreicher“ Vereine gewesen sei. Informationen über O.s politische Positionen oder seine Pläne für das Bürgermeisteramt werden nicht gegeben.

Lokale Probleme

Die vermeintliche hohe Kriminalität in A-Stadt ist Thema des zweiten lokalbezogenen Abschnitts auf dem Flugblatt. Als Beleg für dieses Problem dient der Bezug auf die statistisch „höchste Kriminalitätsrate“ im gesamten Kreis und die Tatsache, dass schon „viel zu viele Bürger dieser Stadt aus eigener Erfahrung oder durch Vorfälle aus dem persönlichen Umfeld davon berichten“ könnten. Als Hauptverursacher werden „jugendliche Gewalttäter“ und „Intensivtäter mit sogenanntem Migrationshintergrund“ ausgemacht, verantwortlich dafür sei eine verfehlte Wohnungsbau- und Ansiedlungspolitik. Personengruppen, die Köln „loswerden wollte“, seien gezielt in die Stadt geholt worden. Folge dessen seien Überfremdung und ungünstige Sozialstrukturen ganzer Stadtteile. Die daraus resultierenden Forderungen:

- Aufstockung der Ordnungskräfte
- Einführung „mobiler Polizeiwachen“ für bestimmte Stadtteile
- Videoüberwachung
- Eine andere Ansiedlungspolitik zur Umstrukturierung bestimmter Stadtteile
- Verstärkter „Integrationsdruck“
- Abschiebung illegaler Einwanderer und abgelehnter Asylbewerber
- Abschiebung „unbelehrbarer Gewalt- und Intensivtäter“

Keine konstruktiven, ursachenorientierten Vorschläge

Für ihren Kommunalwahlkampf in A-Stadt spielt *pro NRW* ihre allseits bekannte Klaviatur der Ethnisierung und Verallgemeinerung lokaler Konflikte. So allgemein wie irgend möglich werden den Bürgern vermeintliche Erklärungen für „eigene Erfahrung“ oder gar nur Gehörtes angeboten. Das Abzielen auf subjektiv empfundene „Überfremdung“, „Ausländerkriminalität“ oder „Problemviertel“ wird von *pro NRW* in sämtlichen Kommunen praktiziert. Eine differenzierte Darstellung der Sachlage liefert man nicht. Vorschläge zur Lösung sozialer Probleme fanden sich keine, stattdessen ein klares Bekenntnis zu „Law & Order“-Politik und eine Zuschreibung der Probleme auf hier lebende, angeblich „integrationsunwillige“ Migranten.

B-Stadt

Wahlwerbung Überblick

In B-Stadt setzte *pro NRW* etwas andere Schwerpunkte. Dort wurde das Thema Finanzen als Hauptwahlkampfthema genutzt. Hierfür stand allerdings – wie in A-Stadt – nur ein lokal-spezifischer Flyer zur Verfügung, ein eigenes Plakat etc. besaß B-Stadt ebenfalls nicht. Darüber hinaus wurde kurz vor der Wahl noch ein Flugblatt „Erstwählerinfo“ verteilt, bei dem sich einer der beiden Spitzenkandidaten selbst darstellte. Das Flugblatt scheint eine schnelle Eigenproduktion zu sein, da es in vielen Punkten von der „Corporate Identity“ der Partei abweicht – ein möglicher Hinweis auf eine gewisse inhaltliche Eigenständigkeit der B-Städter Kader sein könnte.

„Klüngel und Korruption“

Das Thema Finanzen hat für *pro NRW* vor allem eine Stoßrichtung: „Korruption und Verschwendung“ werden angeprangert, jedoch ohne konkrete Beweise zu liefern oder Alternativen zu bieten. Lediglich ein prognostiziertes „Finanzloch rund um den Marktplatz“ sowie der Bau eines Schwimmbades, welches „Millionen“ verschlungen haben soll, sind vermeintliche Belege für die angeprangerte Miswirtschaft und Korruption. Die Kosten und zu erwartenden Verluste des neuen Schwimmbades waren tatsächlich ein öffentliches Thema in B-Stadt. Den Lesern des Flugblattes wird vermittelt, dass nur *pro NRW* in der Lage sei, mit seriöser Haushaltsführung den Wünschen der Bürger Folge zu leisten.

Vorstellung des auswärtigen Kandidaten

Die Vorstellung des Bürgermeisterkandidaten W. fällt knapp und sachlich aus. Seine beruflichen Qualifikationen sowie seine bisherigen Tätigkeit für *pro Köln* werden aufgezählt. In einem angeführten Zitat wendet er sich ebenfalls gegen die „Miswirtschaft“ und „Steuergeldverschwendung“ im Rathaus.

Weitere Forderungen

Auf einer dritten Seite werden schlagwortartig weitere Forderungen in den Raum geworfen. Vor allem „öffentliche Sicherheit“ ist hier ein Thema. Forderungen nach einer ständig besetzten Polizeizentrale in der Innenstadt und der Kontrolle von „Drogenumschlagplätzen“ werden erhoben sowie nach einem harten Vorgehen gegen „stadtbekannte Wiederholungs- und Intensivtäter“. Eine konkrete Angabe über das tatsächliche Potential dieser Probleme bleibt aus.¹¹

Weiterhin wird die Haushaltssituation angesprochen, gute Bedingungen für Gewerbe und Einzelhandel und eine Bekämpfung jeglichen Extremismus gefordert.

Migration und Kriminalität („Ausländerkriminalität“) sind auf dem B-Städter Flyer nur im allgemeinen Teil zu finden, wo entsprechende Slogans, die zum Standardrepertoire der Partei gehören, abgedruckt sind.

Lokales Erstwählerinfo

Die Betonung des lokalen Hintergrundes des Bürgermeisterkandidaten war im Gegensatz zu A-Stadt in B-Stadt nicht möglich. Dafür wurde kurz vor der Wahl ein „Erstwählerinfo“ verteilt. In diesem stellte sich der Spitzenkandidat für den Stadtrat, Tobias R., vor. Der erste Teil des Erstwählerinfos stellt mehrmals eine vermeintliche Diskriminierung von Deutschen durch Migranten fest und betont stark die Notwendigkeit einer deutschen „Leitkultur“ im konservativ-nationalistischen Sinne. Den Lesern wird Mut zugesprochen, selbstbewusst zu ihrem Weltbild zu stehen, auch wenn „bezahlte Gutmenschen“ dies als „rechtsextrem oder ausländerfeindlich“ bezeichnen würden.

¹¹ B-Städter Bürger mit Sachkenntnis berichteten, dass ihnen keine Fälle von Intensivtätern bekannt seien.

Diffamierung und Inszenierung als Opfer

In einem zweiten Teil bezieht sich R. auf einen lokalen Konflikt, der ihn selbst stark betrifft. Sein politisches Engagement und offene Positionierung zu Gunsten *pro NRW* führte dazu, dass sein Arbeitgeber ihn darauf hinwies, dass politische Agitation im Betrieb unerwünscht sei. Im Nachgang dieses Gesprächs stellte sich heraus, dass drei weitere Auszubildende für *pro NRW* kandidieren würden, dies aber niemals gewollt haben. Mit der Bitte um Unterstützung in dieser Situation wandten sich die drei an ihre Ausbildungsleitung und gemeinsam mit der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus verfassten die drei einen offenen Brief, in dem sie sich von ihrer ungewollten Kandidatur distanzieren. Trotz der Tatsache, dass die drei Auszubildenden offensichtlich zu einer Kandidatur nicht bereit waren und mittels Tricks ihre Unterschriften erschlichen wurden, stellte *pro NRW* das Ganze als politischen Unterdrückungsversuch seitens der Unternehmensleitung dar. Diese Vorgehensweise entspricht ganz dem typischen Muster von *pro NRW*, indem angebliche Unterdrückung und Verfolgung ihrer Mitglieder und Partei mit großem Geschrei beklagt werden. Lokale und überregionale Versuche von Demokraten, sich gegen die rassistische Hetze zu wenden, werden gleichsam als undemokratisch diffamiert und in die Tradition nationalsozialistischer und/oder stalinistischer Umerziehung gestellt. Durch das Handeln der Firma gab es auch hier einen lokalen Ansatzpunkt, der ausgeschlachtet wurde.

Fazit

Sowohl in A-Stadt als auch in B-Stadt gab es den Versuch, lokale Konflikte aufzugreifen, und zuzuspitzen. Tatsächliche und/oder vermeintliche Missstände wurden immer verkürzt dargestellt. Die Themen Migration/Integration/Kriminalität (A-Stadt) sowie Finanzen/Korruption (B-Stadt) wurden mit einem vermeintlichem Skandal verbunden, um so aus dem Missmut innerhalb der Bevölkerung politisches Kapital (i.E. Wählerstimmen) zu schlagen.

In beiden Städten wurde das Thema Islam/„Islamisierung“ nur als generelles Problem in den allgemeinen Wahlkampfmaterialien benutzt. Eine ähnlich prominente Stelle wie in Köln wurde dem Thema nicht annähernd eingeräumt. In beiden Städten existieren zwei Moscheen, diese wurden allerdings nicht für rassistische Hetze gegen Muslime instrumentalisiert.

Die unterschiedlichen Themen in beiden Städten führten jedoch zu ähnlichen Wahlergebnissen. Anzunehmen ist also, dass *pro NRW* nicht (nur) wegen eines speziellen, lokal begrenzten Themas gewählt wurde, sondern vor allem wegen der generellen Ausrichtung ihrer Partei. Dabei ist es unerheblich, ob die Wähler in Gänze mit der Programmatik vertraut sind oder diese gedanklich durchdringen. Wichtiger ist vielmehr das, was Wähler gefühlsmäßig mit der Partei in Verbindung bringen („die sind gegen die Ausländer“). Die emotionalisierte Ansprache von unzufriedenen Bürgern und das Anbieten simpler, unkonkreter und oftmals rassistisch durchsetzter „Lösungen“ – wie sie typisch für die extreme Rechte im Allgemeinen sind – war ein wichtiger Faktor für das gute Abschneiden.

3.3 Die Ergebnisse in der Stadt Köln

Die Stadt Köln unterscheidet sich im Hinblick auf extrem rechte Organisationen wesentlich von den anderen Städten und Gemeinden im Regierungsbezirk. Dies betrifft nicht nur die Einwohnerzahl, sondern vor allem auch die Tatsache, dass *pro Köln* hier seit annähernd 10 Jahren aktiv und seit 2004 in Fraktionsstärke im Stadtrat vertreten ist. Zudem wird *pro NRW* (und *pro Deutschland*) wesentlich von Köln aus gesteuert. Daher wird für die Stadt Köln eine gesonderte Bewertung vorgenommen.

Überblick

In Köln traten aus dem Bereich der extremen Rechten neben der *NPD* lediglich die „Bürgerbewegung *pro Köln*“ an. Die *REPUBLIKANER* stellten sich trotz anders lautender Ankündigungen nicht zur Wahl. Die *NPD* trat lediglich in 4 Bezirken an, das Ergebnis von 0 % (insgesamt 150 Stimmen, 2004: 950 Stimmen) ist vernachlässigenswert.

Pro Köln konnte das Ergebnis der Kommunalwahl 2004 um 0,7 Prozentpunkte verbessern und gelangte insgesamt auf 5,4 % aller Stimmen. Damit sitzen 5 Vertreter der Partei im Stadtrat. Personell setzt die Partei in der kommenden Legislatur auf „seriöser“ erscheinende Abgeordnete. So wurden Regina Wilden und Hans-Martin Breninek durch Markus Wiener und Jörg Uckermann ersetzt. Auch in alle Bezirksvertretungen zieht *pro Köln* ein. In Chorweiler, wo die Partei 8,3 % der Stimmen errang, ist die Partei wieder in Fraktionsstärke vertreten.

Vermutungen zur Wählerwanderung

Sollte die bisher unbelegte These richtig sein, dass viele Wähler bei der Kommunalwahl 2004 nicht gewusst hätten, wen sie da wählen und sich später über Stimmabgabe für *pro Köln* geärgert haben, so müsste dieses Klientel in 2009 abgesprungen und andere Wählerschichten (Nichtwähler, CDU, SPD oder Linkspartei/PDS) mobilisiert worden sein. Daten zu möglichen Wählerwanderungen liegen aber leider nicht vor.

Zu vermuten ist jedoch eher, dass diejenigen, die schon 2004 *pro Köln* gewählt haben, auch 2009 wieder einer extrem rechten Partei die Stimme gaben. Dazu könnten die Stimmen kommen, die in 2004 an die *REPUBLIKANER* (2004: 0,88 %; 2009: nicht angetreten) und *NPD* (2004: 0,27 %; 2009: 0,0 %) gegangen sind. Die Rechtsstimmen insgesamt sind daher nicht gestiegen.

Inhaltliche Aufklärung kein Hindernis

Nach den erfolgreichen Protesten gegen die sogenannten Anti-Islamisierungskongresse von *pro Köln* und *pro NRW*, die zum Stadtgespräch wurden, sowie den zahlreichen Aufklärungsveranstaltungen und Kampagnen musste den meisten klar geworden sein, dass die pro-Bewegung zum Lager der extremen Rechten zu zählen ist. Dies gilt für die Stadt Köln in weitaus größerem Maße als für andere Gemeinden im Regierungsbezirk. So muss man davon ausgehen, dass annähernd 20.000 Menschen ganz bewusst *pro Köln* ihre Stimme gegeben haben. Dabei ist es wiederum unerheblich, ob die Wähler in Gänze mit der Programmatik vertraut sind. Ausschlagend scheint auch in Köln gewesen zu sein, dass mit der Wahl eine Möglichkeit gesehen wurde, Unmut gegenüber der Einwanderungsgesellschaft Ausdruck zu verleihen.

Mobilisierung rechten Potentials

Zieht man diverse Studien in Betracht, die rassistische Einstellungen bei rund einem Fünftel der deutschen Bevölkerung aufzeigen, so wird deutlich, dass es ein hohes Potential für rechtsextreme bzw. rechtspopulistische Parteien gibt. Trotz personeller Schwächen, interner Querelen und öffentlichkeitswirksamer Austritte verbunden mit harscher Kritik noch kurz vor der Wahl, gelang es *pro Köln*, diese rechtsaffinen Bevölkerungsschichten zu mobilisieren. Ausgeschöpft ist dieses Potential hingegen noch nicht.

Islam als politisches Thema

In Köln gelang es, mit dem Angst-Thema „Islam“ zu punkten. Dabei orientierte sich die pro-Bewegung an den Kampagnen europäischer Rechtsaußen-Parteien, die darin ein Erfolgsrezept für ihre Propaganda sehen. Muslime werden dabei unter Fundamentalismusverdacht gestellt und als potentielle Bedrohung dargestellt. In Köln entzündete sich die Debatte an dem Bau der Moschee in Ehrenfeld. Da sich in Köln auch die CDU für den Bau der Moschee ausgesprochen hatte, gelang es *pro Köln*, sich als die „einzige Partei gegen die Moschee“ in Position zu bringen. (Weitere Themen wurden nicht bzw. wie die Kampagne gegen Klüngel nur halbherzig kampagnenförmig aufbereitet). Die Tatsache, dass der Bau der Moschee zum Zeitpunkt der Kommunalwahl schon im Gange und ein Stopp des Baus daher keine realistische Option mehr war, änderte nichts an der Kampagne gegen den Moscheebau.

Im Bezirk Ehrenfeld konnte die extreme Rechte insgesamt zulegen, allerdings nicht signifikant im Gebiet um das Gebiet der zukünftigen Moschee herum. Nicht die „direkt Betroffenen“ wählten also rechts, sondern diejenigen, bei denen Ängste vor Muslimen allgemein wirkungsmächtig werden.

Thesen zu unterschiedlichen Wahlbezirken

Pro Köln hat dort relativ hohe Ergebnisse erzielt, wo die Wahlbeteiligung insgesamt relativ niedrig war (z.B. Humboldt-Gremberg).

Pro Köln hat tendenziell in den Stadtvierteln hohe Wahlergebnisse erzielt, die als „sozial schwach“ gelten (Chorweiler, Buchforst, Humboldt-Gremberg etc.). Ausreißer ist das Villenviertel Hahnwald, wo trotz eines Fehlers bei der Auszählung der Briefwahl *pro Köln* hohe Gewinne zu verzeichnen hat. Auch in Köln steht zu vermuten, dass Ängste vor einem sozialen Abstieg auf Migranten projiziert werden bzw. als Erklärung für das gesellschaftliche Aus herangezogen werden.

Dort, wo viele Menschen mit Zuwanderungshintergrund leben (trotz Ausnahmen wie Vogelsang, s.u.), ist *pro Köln* tendenziell stark. So könnte *pro Köln* auch von denen gewählt worden sein, die vermeintliche oder tatsächliche negative Erlebnisse mit Migranten verallgemeinern.

Pro Köln wurde dort nicht gewählt, wo die Bevölkerung einen tendenziell höheren Bildungshintergrund hat (z.B. Innenstadt, Nippes (Stadtbezirk), Südstadt). Diese Tendenzen lassen sich (wie die o.g. Punkte) ebenfalls für Wahlbezirke im Kölner Umland ausmachen.

Pro Köln wurde gewählt, obwohl die Partei keine Verankerung in den Vierteln oder im Kölner Vereinsleben hat (mit wenigen Ausnahmen wie Jörg Uckermann in Köln-Ehrenfeld oder Hans-Martin Breninek in Vogelsang).

In einigen ehemaligen „Hochburgen“ wie Poll oder Merkenich konnte *pro Köln* den Erfolg nicht wiederholen. Ein Zusammenhang mit dem Engagement zur Behebung dortiger Konfliktfelder (z.B. schlechte Wohnsituation von Flüchtlingen und daraus resultierende Probleme) scheint offensichtlich.

Auswirkungen öffentlicher Präsenz

Es gibt keine kausale Beziehung zwischen den öffentlichen Veranstaltungen und dem Wahlergebnis: Obwohl die Veranstaltungen mehr oder weniger ein Flop waren (TN-Zahl, allgemeiner Zuspruch aus der Bevölkerung, Darstellung in den Medien), wurde *pro Köln* gewählt. Nichtsdestotrotz hat die massive öffentliche Präsenz (Plakate, Infostände) das Ergebnis beeinflusst. Es lässt sich allerdings keine direkte Korrelation auf Stadtteilebene feststellen (z.B. wurden in der Innenstadt viele Stände durchgeführt, während das Ergebnis niedrig war. Andererseits wurden in einigen rechtsrheinischen Bezirken nur wenige Plakate geklebt und trotzdem gute Ergebnisse erzielt).

Personalsituation

Die guten Wahlergebnisse bedeuten nicht zwangsläufig eine Verdichtung der Personal- bzw. der Kaderdecke. Nach wie vor bestimmen wenige Köpfe das Geschehen.¹² Im Moment ist zwar kein Zulauf fähiger und charismatischer Politiker und Politikerinnen ersichtlich, dennoch lässt sich eine langfristige Entwicklung zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer prognostizieren.

¹² Dies wird auch der Parteispitze in den Papieren der „Aussteiger“ René Emmerich und Marilyn Anderegg (Köln) oder Uwe Berger (Heiligenhaus) zum Vorwurf gemacht. Deren Austritt wurde von beiden in offenen Briefen thematisiert und harsche Kritik geäußert. Ein Einfluss dieser Kritik auf das Wahlergebnis ist nicht feststellbar.

4 Schlussfolgerungen für Gegenstrategien

Keine Vereinfachungen¹³

Zwar lassen sich aus den vorgestellten Ergebnissen einige Tendenzen ableiten, es ist jedoch dringend davor zu warnen, diese absolut zu setzen. Die These, dass vor allem Arbeitslose rechts wählen würden, ist genauso falsch wie die Behauptung, dass die extreme Rechte ausschließlich vom Mittelstand unterstützt oder allein die Interessen ominöser großer Geldgeber vertreten würde.

Offensives Entgegentreten

Das Ergebnis der Kommunalwahl hat gezeigt: Das Problem kann nicht ignoriert werden. In den Kommunen müssen Politik und Gesellschaft offensiv den Kampagnen der extremen Rechten entgegentreten. Hierzu gehört ein deutliches Bekenntnis kommunaler Einrichtungen und politischer Entscheidungsträger zum Engagement gegen jegliche rassistische Interventionen vor Ort. Im Alltag muss deutlich gemacht werden, dass Gleichgültigkeit gegenüber solchen Aktivitäten das Einfallstor für kommunale Verankerung von Rechtsaußen ist.

Aufklärung wirksam gestalten

Zur vorbeugenden Unterbindung von rechtsextremer Ideologie müssen Aufklärung und pädagogische Maßnahmen dort eingesetzt werden, wo Kampagnen von Rechtsaußen Wirkung zu entfalten versuchen. Dies betrifft nicht nur Schulen, wo die extreme Rechte versucht, mittels Flugblättern, DVDs und CDs ihre Propaganda zu verbreiten, sondern auch in den örtlichen Vereinen, in den Gemeinden usw.

Intensivierung der Auseinandersetzung

In den einzelnen Kommunen sowie den Medien fand eine breite Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus statt. Diese Aufklärungsarbeit muss intensiviert und verbreitert werden. Dabei zeigen die Ergebnisse der Kommunalwahl, dass es nicht reicht, darauf zu verweisen, dass es sich bei den in Rede stehenden Parteien um „Nazis“ handle. Vielmehr muss auch auf die Problemlagen eingegangen werden, an denen die extreme Rechte ansetzt, sowie die Auswirkungen von Rassismus erläutert und diskutiert werden.

Neue Wege gehen

Die extreme Rechte ist dort weniger gewählt worden, wo die Bevölkerung einen tendenziell höheren Bildungshintergrund hat. Das bedeutet im Umkehrschluss natürlich nicht, dass Bildung gegen Rassismus immunisieren würde. Dennoch stellt sich die Frage, wie neue Aufklärungsformate jenseits von Artikeln, Flugblätter und Infoständen zu entwickeln sind, um bildungsferne Menschen besser zu erreichen. Von Bedeutung können hierbei sozialräumlich etablierte „Mittler“ zur Stärkung von zivilgesellschaftlichem Engagement für ein demokratisches Zusammenleben sein – auch und gerade in problembelasteten Stadtteilen. Gerade hier ist es eine Herausforderung, politisches Engagement attraktiver zu gestalten.

Bündnisse bilden

Eine wichtige Rolle spielen kommunale Bündnisse für demokratische Vielfalt und Toleranz, in die möglichst alle vor Ort relevanten Organisationen und Initiativen sowie Verwaltung und Behörden eingebunden werden sollten. Für den Aufbau und die Aufrechterhaltung eines Netzwerkes bedarf es Personen, die zu einem dauerhaften Engagement bereit sind.

¹³ Die folgenden Punkte beruhen teilweise auf dem von der LAGA, der FH Düsseldorf, dem Migrationsrat Oberhausen und der ibs entwickelten „Appell zur kommunalpolitischen Vorbeugung gegen einen rassistischen Populismus“ sowie dem Artikel von Rainer Strobl und Olaf Lobermaier: Die Problemstellung: Rechtsextremismus in der Kommune, in: Dieter Molthagen und Lorenz Korgel (Hg.): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, FES, Berlin 2009.

Offene Auseinandersetzung

Die extreme Rechte hat im Kommunalwahlkampf vor allem mit den Themen Migration/Islam/Integration, Kriminalität und Korruption/Klüngel Propaganda betrieben. Bei der Entwicklung von Gegenstrategien dürfen die Probleme in diesen Feldern nicht verschwiegen werden. Gleichmaßen sollte man rassistischen Pauschalisierungen („die Ausländer sind krimineller“, „die Muslime sind alle gewalttätig“) deutlich entgegentreten und für eine inklusive Gesellschaft mit gleichen Rechten für alle werben.

Ursachenforschung

Eine kritische Bestandsaufnahme der Lage vor Ort ist für ein erfolgreiches Handeln unabdingbar. Ebenso die Frage, welche Ursache einem Problem überhaupt zugrunde liegen könnte. Die vorliegende Analyse ist ein erster Schritt zur Diskussion, sie muss durch lokale Differenzierungen ergänzt werden.

Zuwanderung positiv diskutieren

Zuwanderung muss im lokalen Geschehen als gesellschaftliche Normalität verständlich gemacht werden, die für kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung unabdingbar ist. Hilfreich hierzu kann die Formulierung eines kommunalen Leitbildes für ein multikulturelles Miteinander sein, über das zugleich Zielvorgaben zur Verbesserung und Institutionalisierung von Maßnahmen erarbeitet werden. Die Bereicherung eines lebendigen interkulturellen Miteinanders muss stärker öffentlich herausgestellt werden. Hierzu können innovative oder bewährte kommunale Beispiele gelungener Aktivitäten für interkulturellen Austausch öffentlich vorgestellt und zur Nachahmung empfohlen werden. Allgemein sind positive Zielrichtungen attraktiver, da sie die Beteiligten auf die Lösung eines „Problems“ hinlenken und nicht auf der Ebene der Analyse verharren.

Soziale Frage

Die extreme Rechte war tendenziell in den sozial schwächeren Gebieten erfolgreich. Dies bedeutet, dass es hier soziale Fragen stärker zu thematisieren gilt. Darüber hinaus muss eine konkrete sozialpolitische Praxis (inkl. Quartiersmanagement, sozialer Wohnungsbau, Sozialarbeit etc.) verstärkt werden. Es gilt zu verdeutlichen, dass „die Politik“ die bestehenden Probleme ernst nimmt.

Parlamentarische Strategien

In parlamentarischen Gremien und Institutionen müssen Vertreter und Vertreterinnen demokratischer Parteien eine konsensuelle Strategie entwickeln, um ein gemeinsames Vorgehen gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus zu vereinbaren und dieses nach außen hin transparent zu machen. Mit Blick auf die inner- und außerparlamentarische Situation vor Ort sollte dabei die Zielrichtung geklärt werden: Wie soll die Wählerschaft über den Charakter der extremen Rechten aufgeklärt werden? Geht es vorrangig darum, den rechtsextremen Stimmenanteil bei der nächsten Wahl zu reduzieren? Soll verhindert werden, dass die extreme Rechte das Parlament als Bühne benutzen?

Bei Anträgen und Anfragen der extremen Rechten in den Stadträten, Kreistagen und Bezirksvertretungen können die Reaktionen je nach Inhalt ausfallen. Möglich wäre beispielsweise bei „harmlosen“ Anträgen eine Ablehnung ohne Gegenrede, bei inhaltlich brisanteren Anträgen und Anfragen eine Gegenrede von allen demokratischen Parteien (entweder in Form je eines Redners/einer Rednerin oder einer gemeinsamen Gegenrede durch einen Vertreter/eine Vertreterin einer Partei, einer gemeinsamen Erklärung oder eines rotierenden Gegenredesystems). Damit würde man den Rechtsextremisten weder eine Bühne verschaffen, noch würde in den parlamentarischen Gremien rechtsextreme Propaganda unwidersprochen bleiben.